

EU VERLASSEN ODER EU VERLÄSSLICH



Ein Interview mit Dr. Martin Biastoch über die Griechenlandkrise

„...letztlich profitieren die Griechen nicht davon und bei uns kommt es auch so rüber, als ob wir, als Steuerzahler, Griechenland finanzieren?“ – Diese und andere Fragen rund um die Bankenkrise bzw. Staatskrise Griechenlands stellte ich Herrn Dr. Biastoch.

Das Interview wurde Anfang Juni 2015
geführt von Vera Geranpayeh (9e2).

REDAKTION: Innerhalb der letzten fünf Jahre gab es drei Regierungen in Griechenland, daraus erschließt sich, dass die Krise nicht erst gestern und auch nicht vor einem Jahr entstanden ist. Die Frage ist nun also, wann ist die Krise entstanden und wer oder was hat sie verursacht? Eine vorherige Regierung, inländische Fehlstrukturen oder äußere Faktoren?

BIASTOCH: Die Frage lässt sich nicht mit einem Satz beantworten. Nach dem Ende der Militärdiktatur in Griechenland, also seit 1974, haben im Wesentlichen zwei große Parteien den griechischen Staat regiert. Abwechselnd. Und sie haben in dieser Zeit bestimmte Abhängigkeitsstrukturen geschaffen, die immer noch vorhanden sind und die dazu geführt haben, dass die verschiedenen Parteigänger der Sozialisten und auch der Konservativen, also der Nea Demokratia, diejenigen begünstigt haben, die keine Steuern zahlen wollten oder sollten. Es gibt beispielsweise ein Gesetz, das sagt, dass griechische Reeder, also diejenigen, die Schiffe besitzen, keine Steuern zu zahlen haben in Griechenland, obwohl Griechenland nach wie vor die weltgrößte Handelsflotte besitzt. Das wäre einer der Gründe.

Der Zweite der Gründe ist, dass die damalige sozialistische Regierung vor dem Eintritt in die Euro-Zone mit Hilfe vorwiegend amerikanischer Bank-Manager ein Zahlenwerk vorgelegt hat, das offensichtlich manipuliert war. Dieses Zahlenwerk wurde vorgelegt, um den Beitritt zur Eurozone zu bekommen. Diese, also gefälschten Zahlen haben zur Aufnahme Griechenlands in die Eurozone geführt. Das wiederum hat dazu

geführt, dass die Griechen sich sehr preiswert Geld leihen konnten bei den Banken. Es wurden Menschen angerufen und gefragt, ob sie nicht einfach einen hohen Kredit aufnehmen wollen, Sicherheiten brauche man keine, und da haben viele Menschen natürlich gesagt, ja klar, wenn ich ohne Sicherheiten einen großen Kredit kriegen kann, dann mache ich das. Diese Kredite wurden dann irgendwann zur Rückzahlung fällig, konnten aber oft nicht bedient werden, weil das Geld einfach für Autos oder Bauten verbraucht worden war. So sind jetzt viele Menschen dadurch verarmt.

Und ein dritter Punkt ist zweifellos, dass die griechischen Regierungen, nicht nur die drei der letzten fünf Jahre, sondern die Regierungen seit 1974, immer wieder, na ich will mal sagen, Wohltaten verteilt haben, Menschen als Beamte angestellt haben, die vielleicht gar nicht benötigt wurden. Diese Stellen wurden geschaffen, damit die Menschen die Abgeordneten wählen. Und jetzt sind so viele Beamte da, die alle besoldet, das heißt bezahlt werden müssen. Die sogenannten Institutionen, also die Troika, legen meiner Meinung nach zurecht Wert darauf, dass diese Bürokratie jetzt abgebaut wird. Aber andererseits muss man sehen, dass die Verbeamtung eines Familienmitgliedes die Existenz mehrerer Personen sicherte, sodass man sagen kann, es ist gewissermaßen eine Sozialleistung, die dort erbracht wird und die wir als Verbeamtung bezeichnen.

REDAKTION: Eine naheliegende Vermutung wäre, dass der Zweite Weltkrieg die inländische Wirtschaft und Verwaltungsstruktur so beeinträchtigt hat, dass eine Krise in den näch-

sten Jahrzehnten unausweichlich war. Jetzt komme ich schon zu einer aktuellen griechischen Forderung, nämlich die Schuldenbegleichung Deutschlands durch verbliebene Reparationskosten. Sehen sie den Krieg als Verursacher der aktuellen finanziellen Probleme? Finden sie diese Forderung berechtigt?

BIASTOCH: Der Zweite Weltkrieg ist jetzt genau 70 Jahre vorbei. Während der deutschen Besatzung Griechenlands wurden sehr viele Griechen getötet – von deutschen Soldaten in deutschem Namen auf Befehl deutscher Offiziere und es wurde sehr viel griechische Infrastruktur zerstört, die, nach dem Krieg wieder aufzubauen eine schwierige Aufgabe war, die auch viele griechische Ressourcen aufgebraucht hat. Griechenland hat wenige Jahre nach dem Krieg einen kleinen Teil an Reparationen erhalten. Man muss allerdings in dieser Frage zwei Dinge auseinanderhalten, einerseits die Frage der Reparationen und andererseits die Frage, ob ein erzwungener Kredit Griechenlands an Deutschland, den die Nazis sogar selber anerkannt und bei dem sie sogar selber die erste Rate zurückgezahlt haben, nun gewissermaßen unter den Tisch fallen soll oder ob man sagen muss, ja damals hat Griechenland Deutschland Geld geliehen und wir müssen das verzinsen mit einem Zinssatz von meinerseits 5 oder 6 %, und wenn man das dann hochrechnet, kommt man auf eine Summe von ungefähr 10 Milliarden Euro. Diese Summe hat schon Hagen Fleischer, der in Athen lehrende deutsche Neuhistoriker, vor etlichen Jahren benannt und hat auch die Rechtmäßigkeit der griechischen Forderungen wissenschaftlich

nachgewiesen. Das wird in Deutschland allerdings sehr ungern gehört und die Medien berichten dann nur sehr verkürzt und sehr undifferenziert darüber. Mein Vorschlag ist, dass diese, sagen wir mal, 10 Milliarden in eine Kreditanstalt für Wiederaufbau, wie sie nach dem Zweiten Weltkrieg in Deutschland errichtet worden ist, in Griechenland fließen könnte und da könnten Menschen, die durch die Krise verarmt sind, durch Anschubfinanzierungen wieder ein Geschäft aufmachen und sich ihren Lebensunterhalt selber verdienen. Es ist zum Beispiel unsinnig, einem Ladenbetreiber den Laden dicht zu machen, weil er seine Stromrechnung nicht bezahlt hat, denn im Dunkeln kann er nicht verkaufen. Und ich kann nicht einem Bäcker die Energie streichen, weil er seine Stromrechnung nicht bezahlen konnte und dann erwarten, dass er weiterhin Umsatz macht. Das heißt, ich muss den Menschen die Möglichkeit geben, für ihren eigenen Lebensunterhalt zu sorgen und das geht durch solche Anschubfinanzierungen, denke ich, sehr gut.

REDAKTION: Wer hat die Sparmaßnahmen formuliert, allein Deutschland, das so gern als Sündenbock dargestellt wird?

BIASTOCH: Die Berichterstattung über Griechenland in Deutschland, in deutschen Medien, und die Berichte über eine angebliche antideutsche Stimmung in Griechenland kann ich aus eigener Anschauung nicht bestätigen. Ich fahre seit vielen Jahrzehnten nach Griechenland, war im Jahre 2015 auch schon fast drei Wochen in Griechenland. Ich war i2014, 13, 12, 11, 10 mehrfach in Griechenland und habe nie

auch nur annähernd irgendeine Anfeindung oder ein feindliches Wort gehört. Ganz im Gegenteil. Ich habe eine beeindruckende Freundlichkeit und Großzügigkeit bei den Menschen erlebt. Die Griechen wissen sehr wohl zwischen der politischen Kaste, oder sagen wir mal, den Politikern und dem Mann, der Frau aus dem Volke zu unterscheiden. Man darf nicht vergessen, dass Griechenland eigentlich immer fremdbeherrscht war und die Fremdherrscher stets Griechenland besteuerten. Es musste immer für fremde Mächte bezahlt werden und daraus hat sich die Haltung entwickelt, schlau ist derjenige, der seine Abgaben möglichst gering hält, notfalls auch durch falsche Angaben. Dass das natürlich in einer funktionierenden Demokratie fehl am Platz ist, müssen viele Griechen offensichtlich noch lernen. Aus meiner Sicht geht es auch nicht, dass gutverdienende Akademiker, künstlich oder fälschlich ihr Nettoeinkommen gering halten, aber gleichzeitig eine Yacht und zwei Ferienhäuser auf den Inseln haben.

REDAKTION: Sind die Sparmaßnahmen hilfreich? Und für wen sind sie es?

BIASTOCH: Die sogenannten Sparmaßnahmen helfen in erster Linie den europäischen Banken. Die sogenannte Griechenlandrettung ist nur eine Rettung der europäischen Banken gewesen. Bemerkenswert ist hierbei die Sprachregelung: Wir reden von einem Rettungsschirm, es wird gesprochen von Griechenlandrettung, in Wirklichkeit ist das ein riesiges Geschäft, an dem auch Deutschland viel verdient. Wenn Deutschland sich auf dem internationalen Kapitalmarkt 1 Milliarde zu 0,5 % Zinsen leiht, und sie für 5 % an Griechen-

land verleiht, gewinnt der deutsche Staat 4,5% Zinsen pro Jahr, das ist ein Gewinn von 45 Millionen Euro pro Milliarde und pro Jahr. Wenn ich das jetzt auf 70 oder 100 Milliarden hochrechne, ist das eine ganz beeindruckende Summe, die alleine an Zinsen kassiert wird, und wenn ich das jetzt auf zehn oder zwanzig oder dreißig Jahre hochrechne, wird also der ursprünglich geliehene Betrag mehrfach durch die Zinsen zurückgezahlt.

REDAKTION: Also letztlich profitieren die Griechen nicht davon und bei uns kommt es auch so rüber, als ob wir als Steuerzahler Griechenland finanzieren?

BIASTOCH: Ja, das wird von den Medien und den Politikern so dargestellt. Dieser Eindruck wird erweckt. Tatsächlich handelte es sich bisher nur um immer neue Kredite und nicht um den Erlass. Einige private Gläubiger haben schon auf Forderungen verzichtet, aber im Wesentlichen geht es doch darum, ob Griechenland neue Kredite bekommt, und das wird als Hilfe bezeichnet. Das ist ungefähr so als wenn man sagt: Okay, ich habe meine EC-Karte total überzogen und verhandle jetzt darüber, ob ich eine neue Kreditkarte bekomme, um damit das erste Konto wieder auszugleichen.

REDAKTION: Was halten Sie von der neuen Regierung?

BIASTOCH: Die neue Regierung – also wenn wir von Herrn Tsypras und Herrn Varoufakis als Exponenten dieser Regierung reden – halte ich für frischen Wind, weil sie nicht aus dem Filz der Konservativen und

nicht aus dem Filz der Sozialisten kommen, sondern aus anderen Zusammenhängen. Der eine ist Ökonomieprofessor und der andere war oder ist Kommunist. Sie sind also nicht belastet durch eine Karriere in Parteien, die schon an den Vorgängerregierungen beteiligt waren. Tsypras ist in Griechenland sehr beliebt, eben gerade weil er die bisherigen Parteien ablehnt und Hoffnung auf etwas Neues macht, auch auf eine gerechtere Verteilung der Lasten. Man darf nicht vergessen, dass insbesondere die einfachen Menschen unter Steuererhöhungen, der Einführung neuer Steuern, der rückwirkenden Eintreibung neu eingeführter Steuern und unter Rentenkürzungen leiden. Und man darf nicht vergessen, dass das Lohnniveau in Griechenland erheblich geringer ist als in Deutschland. Ein Lehrer zum Beispiel verdiente schon vor der Krise 1/3 eines deutschen Lehrers, ein Polizeibeamter etwa noch 800 Euro brutto und ein Oberarzt 1.200 Euro im Monat. Das Preisniveau ist in Griechenland ähnlich hoch wie in Deutschland, bei manchen Dingen sogar höher. Eine Tafel Schokolade kostet 1,50 Euro, ein Liter Milch 1,30 Euro, ein Stück Butter 3,20 Euro. Insofern kann man den meisten Menschen nichts mehr wegnehmen, ohne dass man sie hungern lässt.

Aber auf der anderen Seite gibt es auch sehr sehr viele reiche Griechen, die Milliardenvermögen im Ausland haben und zum Beispiel in London Immobilien aufgekauft haben – mit Geldern, die sie möglicherweise im griechischen Staat nicht versteuert haben. Da sehe ich eine gewisse Ungerechtigkeit, die beseitigt werden muss, und viele Griechen hoffen, dass Herr Tsypras sich dazu durchringt.

Dann gibt es noch die Lagarde-Liste. Das ist eine Liste, die eine hohe Finanzfunktionärin vom Internationalen Währungsfonds (IWF), so will ich sie mal nennen, dem griechischen Staat vor einigen Jahren zur Verfügung gestellt hat. Auf dieser Liste waren etwa 2.000 Namen von Personen, die Geld in der Schweiz deponiert hatten. Und diese Liste lag in Schubladen und wurde nicht dazu verwendet, Steuern einzutreiben, die offensichtlich hinterzogen wurden. Wenn ich höre, dass der griechische Staat etwa 90 Milliarden Euro Steuern erwarten darf, aber nur 9 Milliarden Steuern tatsächlich gezahlt werden, dann ist das schlecht und muss verändert werden. Ich hoffe, dass die Steuermoral der Griechen sich verbessert, wenn sie sehen, dass das Geld, das sie dem Staat geben, nicht in irgendwelchen dubiosen Kanälen verschwindet und in privaten Taschen landet, wie es in der Vergangenheit, auch im Zusammenhang mit den Olympischen Spielen 2004, passiert ist, sondern, dass das Geld tatsächlich für öffentliche Aufgaben, Polizei, Schule, Universitäten und dergleichen ausgegeben wird.

REDAKTION: Denken Sie, diese Regierung hat bisher etwas erreicht?

BIASTOCH: Diese Regierung hat erreicht, dass es nicht zu weiteren Kürzungen im unteren Lohnsektor und unteren Rentenbereich gekommen ist. Ansonsten sehe ich die bisherige Bilanz von Herrn Tsypras und Herrn Varoufakis als sehr dürftig an. Ich habe viele Freunde in Griechenland, die sehr enttäuscht sind von der Regierung; sie hatten sich mehr erhofft. Und ich denke, dass Griechenland auf jeden Fall in der Eurozone bleiben wird, denn sollte Griechenland aus der Eurozone – obwohl das

nach derzeitigem Stand rechtlich gar nicht möglich ist – austreten, ist Griechenland natürlich noch Mitglied der europäischen Gemeinschaft und hat auf diese Weise Anspruch auf Hilfe. Und dass Griechenland aus der Europäischen Union austritt, halte ich für abwegig.

Vielleicht abschließend noch eine Bemerkung: Ich finde es äußerst wichtig darauf hinzuweisen, dass der Euro geschaffen wurde als Gemeinschaftswährung europäischer Nationen, die durch die Gemeinschaftswährung so eng mit einander verflochten werden sollen, dass Kriege zwischen europäischen Staaten nicht mehr stattfinden, und ich möchte darauf hinweisen, dass die Eurozone nicht nur als Wirtschaftsgemeinschaft, sondern auch als Wertegemeinschaft gesehen werden muss. Die europäischen Werte sind es, die in der jüdisch-christlichen Antike entwickelt worden sind und bis auf den heutigen Tag unsere Gesellschaft, unser Leben, unser geistiges Leben und unsere Rechtsicherheit und unseren Wohlstand sichern.

REDAKTION: Um was geht es in den Verhandlungen mit Russland?

BIASOCH: Griechenland ist ein souveräner Staat, der selbstverständlich mit den Oberhäuptern anderer souveräner Staaten in Kontakt treten kann. Die deutschen Medien und Politiker haben sich sehr darüber aufgeregt, dass der griechische Regierungschef sich mit dem russischen Regierungschef getroffen hat. Das kann ich nicht verstehen, dass da eine Aufregung besteht, zumal es darum ging, eine Pipeline für russisches Gas zur Versorgung Europas zu bauen. Das ist ein völlig normales Geschäft. Es verwundert etwas, dass für eine

noch nicht errichtete Pipeline jetzt im Vorfeld Zahlungen an Griechenland fließen sollen, aber ich denke, das ist im internationalen Kontext auch nichts Ungewöhnliches. Deutschland liefert auch Waffen an Griechenland und gewährt Griechenland für den Kauf dieser deutschen Waffen großzügig Kredit.

REDAKTION: Was könnte in der Zukunft passieren: Wird es eine EU ohne Griechenland geben, dafür aber eine Verbindung Griechenlands mit Russland?

BIASOCH: Das halte ich für vollkommen ausgeschlossen. Griechenland wird die Europäische Union nicht verlassen. Möglicherweise gibt es den sogenannten Grexit. Das wäre eine große Katastrophe, weil es zu einer massiven Abwertung der dann neu einzuführenden griechischen Währung käme. Und das würde zu einer massenhaften Verelendung großer und breiter Bevölkerungskreise führen. Den Austritt Griechenlands aus der Europäischen Union halte ich für völlig ausgeschlossen.

REDAKTION: Sie sind also davon überzeugt, dass es zu einer Lösung kommen wird und dass Griechenland in der EU bleiben wird?

BIASOCH: Ja.